Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch entfällt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 206 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 2. September 1932.

Gleichberechtigung.

Nach den schier endlosen Debatten der sich „redenshalber in Genf aufhaltenden" Abrüstungskonferenz war die Sache einerseits mit einer Entschließung vertagt worden, die mit vielen Worten nichts besagte. Oder höchstens das eine, daß an eine wirkliche Abrüstung im Sinne der Zusage des Versailler Vertrages nicht gedacht werde. Infolgedessen hatte Deutschland jener Entschließung nicht zugestimmt und damit auch den Partnern jenes Vertrages die Verantwortung dafür zugeschoben, ob überhaupt und wie diese die ganze Abrüstungsfrage weiterbetreiben wollen. Das wäre an sich nur eine rein technisch-militärpolitische Angelegenheit.

Viel wichtiger andererseits ist die weltpolitische Seite dieser ganzen Frage, nämlich die der Erringung der deutschen Gleichberechtigung für die Sicherheit unseres Volkes, also gerade das, was vor allem Frankreich nicht bloß für sich verlangt, sondern zum absoluten Drehpunkt seines Verhaltens in der Abrüstungsfragte machte und macht. In dieser grundsätzlichen deutschen Forderung ist es aber nicht bei ihrer selbstverständlichen Anmeldung geblieben, sondern — als man die Unfruchtbarkeit der Verhandlungen in Genf hierüber nicht mehr verkennen konnte — der deutsche Reichskanzler warf sie auch auf den Konferenztisch von Lausanne. Doch das mißlang, und bei Schluß der Genfer Auseinandersetzungen konnte der Vertreter Deutschlands nur erklären, daß seine Regierung zu sofortigen Verhandlungen zur Klärung aller Fragen bereit sei, die sich aus dem Grundsatz der Gleichberechtigung auch für uns nun etwa ergeben würden. Eine — natürlich alles weitere offenlassende — Erklärung fügte außerdem noch hinzu, daß Deutschland weitere, also spätere Mitarbeit an der Abrüstungsfrage und auf der Abrüstungskonferenz davon abhängig sein werde, wie man sich in Genf zu dem Grundsatz der Gleichberechtigung für Deutschland stellen würde.

Ein paar Tage später hatte der Reichswehrminister nicht bloß das gleiche gesagt, sondern die Dinge insofern schon weitergetrieben, als er andeutete, man werde in Verfolg des Prinzips einer Sicherung Deutschlands zu einem „Umbau der Reichswehr", und zwar unter Anpassung an den Rüstungs- bzw. Abrüstungsstand der anderen Mächte kommen müssen. Denn theoretisch ließe sich ja diese Sicherung für Deutschland auch durch eine entsprechend umfangreiche Abrüstung der anderen erreichen. In den allerletzten Tagen hat sich der Reichswehrminister in einer deutschen offiziösen Zeitschrift und gegenüber dem Vertreter einer italienischen Zeitung noch deutlicher in demselben Sinne geäußert als Begleitmusik dazu, daß nun tatsächlich die Reichsregierung ihrerseits außenpolitisch in der ganzen Frage: „Wie denkt ihr über die Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung für die Regelung unserer Sicherheit?" zunächst einmal durch Verhandlungen mit Frankreich zur Tat geschritten ist entsprechend jener in Genf abgegebenen Erklärung.

Natürlich handelt es sich dabei nicht, wenigstens vorläufig nicht, um Einzelfragen militärisch-technischer Art. Sondern man kann alles auf die einfache Formulierung bringen: Entweder Durchsetzung unserer grundsätzlichen Forderung auf militärische Gleichberechtigung bei den anderen Staaten des Völkerbundes bzw. in der kommenden zweiten Tagung der Konferenz, oder Ablehnung dieser Forderung, wodurch der Bruch des Versailler Abrüstungsversprechens Tatsache wird. In diesem Falle, wenn also die Schaffung einer militärischen Sicherheit für Deutschland auf „internationalem Wege" nicht möglich ist, „werden wir genötigt sein, die nationale Sicherheit auf nationalem Wege herzustellen", wie der Reichswehrminister an dem gleichen Tage sich äußerte, als die diesbezüglichen Besprechungen mit dem französischen Botschafter in Berlin aufgenommen wurden.

Während nun in Deutschland die grundsätzliche Haltung der Reichsregierung bzw. ihres Genfer Vertreters in dieser ganzen Frage durchweg von allen Deutschen gebilligt wurde und wird, hatten die wiederholten, natürlich gerade außenpolitisch beabsichtigten Vorstöße des Reichswehrministers die Dinge bei den andern Regierungen anscheinend so wenig vorwärtstreiben können, daß man nun in der Wilhelmstraße vom Wort zur Tat, vom — Monolog zum diplomatischen Handeln überging. Natürlich wandte man sich dabei zunächst an die am unmittelbarsten interessierte Macht, also Frankreich. Denn aus dem ersten Teil der Abrüstungskonferenz war ja ganz unzweideutig zu ersehen, daß tatsächlich auch die zuerst doch vollkommene Isolierung Frankreichs in der Abrüstungsfrage nicht zu einem praktisch irgendwie befriedigenden Ergebnis im Sinne der Abrüstungsfreunde geführt hat; die ganze Welt kann sich sozusagen auf den Kopf stellen, ohne daß deswegen Frankreich auch nur den kleinen Finger ausstreckt, — wenn es eben nicht will. Woraufhin dann zum Schluß alle großen Militärmächte die Endentschließung in Genf unterzeichneten, obwohl sie doch mit ihren Abrüstungsforderungen „aufgesessen" waren wie besonders Amerika und England! Und Herr Herriot konnte sogar noch das mit nach Hause bringen, was er damals — und vor einigen Tagen wieder — als die Wiederherstellung der „Entente cordiale" bezeichnet hat.

Die Forderung nach Rüstungsgleichheit

Um Deutschlands Verteidigungsrecht

Zu den Meldungen aus Paris, Deutschland habe dort eine Note mit der Forderung auf Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage überreichen lassen, wird von maßgebender deutscher Seite Stellung genommen und dazu erklärt, daß es sich nicht um eine Note handelt, die Berlin in dieser Sache nach Paris geschickt habe, sondern um die schriftliche Aufzeichnung der Darlegungen, die der deutsche Außenminister v. Neurath dem französischen Botschafter in Berlin zur Rüstungsfrage gegeben hat. Mit dem Schritt des deutschen Außenministers haben die diplomatischen Verhandlungen um die deutsche Gleichberechtigungsforderung begonnen.

Schon bei den Genfer Verhandlungen der Abrüstungskonferenz wurde verabredet — so wird von zuständiger Seite betont —, daß die Verhandlungen über die deutschen Forderungen Ende August wieder aufgenommen werden sollen. Entsprechend diesen Abmachungen hat der deutsche Außenminister v. Neurath den französischen Botschafter in Berlin, François-Poncet, aufgesucht und ihn über die Auffassung der deutschen Regierung unterrichtet. Am Schluß der Unterredung hat der deutsche Außenminister seine Äußerungen, um Mißverständnissen vorzubeugen,

schriftlich dem französischen Botschafter überreicht,

der sie dann an seine Regierung in Paris telegraphieren ließ. Es handelt sich also nicht, wie von zuständiger Seite betont wird, um eine deutsche Note. Minister v. Neurath hat in der Unterredung mit dem Vertreter Frankreichs den Standpunkt eingenommen, auf dem seit jeher in allen Verhandlungen über die Rüstungsfrage verharrt worden ist, den Standpunkt nämlich, daß die Abrüstung der andern entsprechend den Bestimmungen von Versailles

nach dem Muster der deutschen Abrüstung

vor sich gehen müsse. Nach den bisherigen Beschlüssen der Genfer Abrüstungskonferenz wollen aber die anderen in ihrer Abrüstung nicht so weit gehen, wie es der Versailler Vertrag von Deutschland verlangt. In diesen Beschlüssen war nicht davon die Rede, daß auch Deutschland das Recht haben soll, von den Bestimmungen des Versailler Vertrages ebenso abzuweichen wie die anderen. Aus diesem Grund hat es Deutschland abgelehnt, diese Beschlüsse zu unterschreiben und hat sich weitere Schritte vorbehalten. Die anderen Mächte haben ganz klar zu erkennen gegeben, daß sie für sich eine andere Abrüstungsmethode verlangen, als sie Deutschland auferlegt worden ist.

Aus dieser Tatsache ergibt sich für Deutschland das selbstverständliche Recht,

seinen Abrüstungsstand dem der anderen anzupassen.

Welche Maßnahmen da für Deutschland in Frage kommen, richtet sich ganz nach Art und Umfang der Abrüstung, wie sie für die anderen auf der Abrüstungskonferenz beschlossen werden. Deshalb können auch von deutscher Seite noch keine Einzelheiten über die Maßnahmen bezüglich der Ausgestaltung des Heeres genannt werden. Erst muß das Schlußergebnis der Abrüstungskonferenz vorliegen, dann wird man sich auch mit den Einzelheiten beschäftigen. Die Pariser Blätter haben zwar behauptet, Deutschland hätte schon ganz genaue Einzelforderungen vorgelegt; das stimmt aber nicht. Die jetzigen Verhandlungen drehen sich

nur um die grundsätzliche Anerkennung des deutschen Standpunktes.

Deutschland hat die Verhandlungen darüber zunächst mit Frankreich aufgenommen, weil sich die französische Regierung noch am wenigsten den deutschen Forderungen genähert hat. Die übrigen Mächte sind über die mit Paris aufgenommenen Verhandlungen gleichzeitig informiert worden.

Über die Unterredung des deutschen Außenministers mit dem französischen Botschafter war beiderseits Geheimhaltung vereinbart worden, aber die Franzosen haben sich, wie die Meldung aus Paris beweist, nicht an diese Abmachung gehalten.

Die Auffassung in England.

Der englische Standpunkt zur deutschen Rüstungserklärung kann folgendermaßen umrissen werden. England erkennt die Logik der deutschen Forderung vollkommen an und ist sich über den moralischen und ethischen Inhalt der Forderung klar. In der juristischen Frage ist Englands Stellung deshalb zweifelhaft, weil sein Außenminister, der berühmte Jurist Sir John Simon, unbedingt im französischen Lager und auf dem Wortlaut des Versailler Vertrages steht. Deshalb ist in der deutschen Rüstungsfrage eine Spaltung im englischen Kabinett zu verzeichnen, denn der Premierminister Macdonald steht dem deutschen Standpunkt sympathisch gegenüber. Die liberalen Mitglieder des Kabinetts stehen auf der Seite des Außenministers. Der englischen Presse ist die ganze Frage höchst unbequem. Das Normalargument wird überall gebraucht, daß die Deutschen wieder einmal unzeitgemäß handelten.

*

Volles Verständnis in Amerika.

In der amerikanischen Öffentlichkeit zeigt man für den Schritt Deutschlands volles Verständnis. Der Pariser Vertreter der „New York Times" ist sogar optimistisch, da das deutsche Verlangen zu größeren Fortschritten auf der Genfer Abrüstungskonferenz führen dürfte. Auf die „Herald Tribune" macht die deutsche Forderung so gewaltigen Eindruck, daß sie sie dreispaltig auf der ersten Seite wiedergibt, wodurch die langen Berichte über die Sonnenfinsternis und andere Tagesereignisse völlig in den Hintergrund geschoben werden. Der „New York American" befürchtet, daß die französische Politik nunmehr darauf abzielt, zwischen Amerika und Deutschland einen Keil zu treiben, um „Onkel Sam" wieder einmal die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen.

*

Ein „außerordentlich wichtiger" Schritt.

Das französische Kabinett und die Gleichberechtigung.

Der Pariser Kabinettsrat trat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Herriot zusammen. Herriot hat den deutschen Schritt in der Frage der Gleichberechtigung Pressevertretern gegenüber als „außerordentlich wichtig" bezeichnet, im übrigen jedoch jede Erklärung abgelehnt.

Herriot hat nicht nur den britischen Geschäftsträger, sondern auch den Kriegsminister Paul-Boncour empfangen, um ihn noch vor der offiziellen Sitzung mit dem Wortlaut des deutschen „Resumés" bekannt zu machen.

*

Pariser Trommelfeuer gegen Deutschland.

In der französischen Presse hat die Überreichung der deutschen Denkschrift über die Rüstungsgleichheit wie eine Bombe eingeschlagen. Die Pariser Blätter setzten sofort mit stärkstem Trommelfeuer gegen Deutschland ein, um auf diese Weise auch die Weltöffentlichkeit auf ihre Seite zu ziehen. Ministerpräsident Herriot wird beschworen, den deutschen Forderungen ein unnachgiebiges Nein entgegenzusetzen und sich nicht zu irgendwelchen Zugeständnissen auf dem Gebiet der Versailler Militärklauseln bewegen zu lassen. Es wird ihm vorgeworfen, in Lausanne zu entgegenkommend gewesen zu sein. Es erübrigt sich, hier einzelne französische Stimmen anzuführen, da sie in ihrer Grundtendenz alle vollkommen ablehnend und von Haß gegen Deutschland diktiert sind.

Das „Journal" will übrigens in der Lage sein, die Forderungen Deutschlands, die in der Denkschrift aufgeführt werden, zu kennen. Danach fordere Deutschland:

1. **Eine Änderung der bisherigen Statuten der Reichswehr, die sich auf der 12jährigen Dienstzeit aufbauen,**
2. **Einführung einer Militärdienstzeit, die ein Mittel zwischen der Militärdienstpflicht und der Dienstzeit eines Berufsheeres darstellt,**
3. **Schaffung eines Heeres von 300 000 Mann,**
4. **Wiederherstellung der schweren Artillerie und der Küstenartillerie,**
5. **die Schaffung eines Parks von Tanks,**
6. **Schaffung einer Militärfliegerei,**
7. **Einrichtung von Schulen zur Ausbildung von Militärfliegern,**
8. **Ausdehnung der Marine durch den Bau von Kreuzern, Panzerkreuzern und Unterseebooten,**
9. **Anlegung von Befestigungswerken,**
10. **die Schaffung von 35 neuen Fabriken für die Herstellung von Kriegsmaterial.**

Es dürfte sich bei diesen Angaben des „Journal" mehr oder weniger um Kombinationen handeln, die das Blatt aus Äußerungen zusammengestellt hat, die führende deutsche Politiker in letzter Zeit zu dieser dringenden Frage gemacht haben.

So mündet denn auch der deutsche Vorstoß in dieser Sonderfrage, die Forderung also nach der militärisch gleichberechtigten Sicherheit aus in jenen großen Fragenkomplex des deutsch-französischen Verhältnisses überhaupt.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF